

STELLUNGNAHME DES ENERGIE FORUM POTSDAM e.V. ZUM ENTWURF DES INSEK35 DER LANDESHAUPTSTADT POTSDAM

1. ZUSAMMENFASSUNG DER ZENTRALEN FORDERUNGEN

- Emissionsminderungsziel für 2035 definieren und zur Erfolgskontrolle Zwischenziele setzen.
- Betrachtung von Chancen und Risiken die sich aus den übergeordneten Klimaschutzzielen des Bundes und aus der Einführung eines CO2 Preises für die Entwicklung der Stadt ergeben.
- Klimaschutz und Klimaanpassung als strategisches Ziel in die laufenden Prozesse der Stadtentwicklung und -erneuerung integrieren und in den Maßnahmen der Vertiefungsgebiete räumlich verankern.
- Einen strategischen Ansatz zur Senkung des Energieverbrauches im Gebäudebestand entwickeln. Hiermit die Sanierungsquote von aktuell ca. 1% auf die notwendigen 2-3% heben und Gebäudeenergiestandards entsprechend Klimaschutzziel definieren.
- Die Potenziale der Erneuerbaren Energien (insbesondere PV, Solarthermie, Geothermie, Bioenergie und Abwärme) in Potsdam ermitteln und entsprechende Ziele setzen
- Die Erstellung eines gesamtstädtischen Wärmenutzungsplan als Grundlage für die Umsetzung der Wärmewende in Potsdam als eine zentrale Maßnahme in das INSEK aufnehmen,
- Eine Fernwärmestrategie mit den Anforderungen an die technische Infrastruktur mit folgenden Zielen im INSEK aufnehmen:
 - o Fernwärmeerweiterung
 - o Fernwärmeverdichtung
 - o Absenkung des Temperaturniveaus
- Einen strategischen Ansatz zur Klimafolgenanpassung (Bauen, Wasser, Grün) entwickeln und entsprechende Ziele setzen.

2. EINLEITUNG

Bei den bisherigen Beteiligungsveranstaltungen im Rahmen der Erarbeitung des INSEK 35 wurde der Klimaschutz zwar als Querschnittsthema dargestellt, bei den vorgestellten zentralen Vorhaben in den Vertiefungsbereichen spielten Maßnahmen zum Klimaschutz jedoch so gut wie keine Rolle. Dies stand in sehr deutlichem Kontrast zu den Impulsen die aus der Bevölkerung kamen und auch das EFP hat im Februar 2021 seine Besorgnis in einer kurzen Stellungnahme zum Ausdruck gebracht.

Erfreulicherweise wurde dies erkannt und im aktuell vorliegenden Entwurf des INSEKs mit folgender Aussage aufgenommen:

„Zwar kann das INSEK-Beteiligungsverfahren nicht die gesamte Stadtbevölkerung repräsentieren, aber auch hier konnten zumindest Anzeichen dafür erkannt werden, dass das Thema Klimaschutz eine hohe Bedeutung hat und **Aufbruchsstimmung** herrscht. *In Potsdam scheint daher der richtige Zeitpunkt gekommen zu sein, um die vielleicht größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts anzugehen.*“

Für unsere Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange haben wir uns an zwei Veröffentlichungen des Land Brandenburg orientiert.

- Arbeitshilfe zur „Erstellung und Fortschreibung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten (INSEK) im Land Brandenburg“ in der überarbeiteten Fassung aus dem Jahr 2012
- Der Arbeitshilfe „Energetischer Umbau im Quartier – Kommunale Handlungsmöglichkeiten für den Klimaschutz“ vom März 2021

3. ÜBERGEORDNETE EXTERNE EINFLÜSSE

Klimaschutz wurde, massiv befördert durch die Fridays for Future Bewegung und die dramatischen Warnungen der Wissenschaft, bundesweit, europaweit und International als existentielles Thema erkannt.

Ende 2019 verabschiedete die Bundesregierung das Klimaschutzgesetz, das eine verbindliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 55% gegenüber dem Jahr 1990 festlegt. Das Gesetz bestimmt auch, welchen Anteil die unterschiedlichen Sektoren wie Energiewirtschaft, Verkehr, Gebäude hierzu beizutragen haben. Über § 13 Abs. 1 werden auch die Kommunen entsprechend verpflichtet.

Zum 1.1.2021 wurde deutschlandweit erstmalig ein CO₂ Preis eingeführt. Es ist damit zu rechnen, dass dieser in der nächsten Legislaturperiode stetig ansteigen wird, denn das Instrument wird inzwischen von den meisten Parteien als notwendig angesehen.

Europaweit wurden die Ziele bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen vor wenigen Tagen von minus 40 auf minus 55% verschärft. Das deutsche Klimaschutzgesetz muss entsprechend mit noch ambitionierteren Zielen angepasst werden.

Diese Vorrede um zu verdeutlichen, dass diese Maßnahmen auch auf kommunaler Ebene zu spüren sein werden. Auswirkungen wird es überall geben, wo noch fossile Rohstoffe zur Stromerzeugung, Wärmeerzeugung oder im Verkehr eingesetzt werden aber auch in der Bauwirtschaft wo energieintensive Baumaterialien wie Beton im Preis steigen werden.

In seiner Broschüre zu den kommunalen Handlungsmöglichkeiten für den Klimaschutz stellt das Land Brandenburg fest, dass es „*strategische Grundlagen für eine gezielte Klimaschutzpolitik vor Ort braucht – nur so lässt sich langfristig zielgerichtetes Handeln planen*““. Wo, wenn nicht im INSEK, sollten die Grundlagen für ein solches Handeln gelegt werden?

Der Klimawandel sollte deshalb als Risiko im INSEK betrachtet werden, die notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz als wesentliche Leitplanken für die weitere Entwicklung der Stadt.

4. INSEK ALS VORAUSSETZUNG ZUR VERGABE VON FÖRDERMITTELN

Auf Grund der angespannten Haushaltssituation der Kommune wird die LHP auf Hilfe angewiesen sein um ihren Anteil am Klimaschutz zu leisten. Umso wichtiger, dass das INSEK alle notwendigen Voraussetzungen zur Vergabe von Fördermitteln erfüllt. Die oben benannte Broschüre besagt ausdrücklich *„Das INSEK ist Voraussetzung für sämtliche Programme der Städtebauförderung, die die Herausforderung des Klimaschutzes deutlich adressiert. Um künftig an der Städtebauförderung zu partizipieren, müssen diese Themen daher auch im INSEK ihren Niederschlag finden.“*

5. STRATEGISCHE HERANGEHENSWEISE

Eine strategische Herangehensweise sollte Ziele definieren und bei deren Erreichung von den vorhandenen Ressourcen ausgehen. Beim Verkehr bedeutet dies, wie im Entwurf des INSEK bereits festgehalten, eine gesicherte Erschließung des Gebietes mit einem attraktiven ÖPNV und erst dann Entwicklung. Bei der Wärmeversorgung bedeutet dies, dass zunächst ermittelt werden muss, welche nachhaltige klimaneutrale Ressource vor Ort vorliegt. Dies können wie in Krampnitz Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege der benachbarten Döberitzer Heide sein, die Abwärme eines naheliegenden Rechenzentrums oder geothermische Ressourcen die mittels Wärmepumpen erschlossen werden können. Aber auch der Anschluss an ein Wärmenetz ist eine Möglichkeit die jedoch auf Grund der geringeren Wärmebedarfe im Neubau aus wirtschaftlichen Gründen eher dem Altbaubestand zugutekommen sollte. Für die Ressourcen Wasser, Grünflächen und soziale Infrastrukturen gilt dies ebenso. Ganz wesentlich ist hierbei auch eine vorausschauende kommunale Bodenpolitik, die benötigte Flächen und damit die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt frühzeitig sichert.

5.1. ZIELDEFINITION

Als eine der im Entwurf des INSEK benannten Herausforderungen wird an erster Stelle **„Das Klima schützen – Die existenzielle, globale Herausforderung“** angegeben. Folgende Ziele werden hierbei definiert:

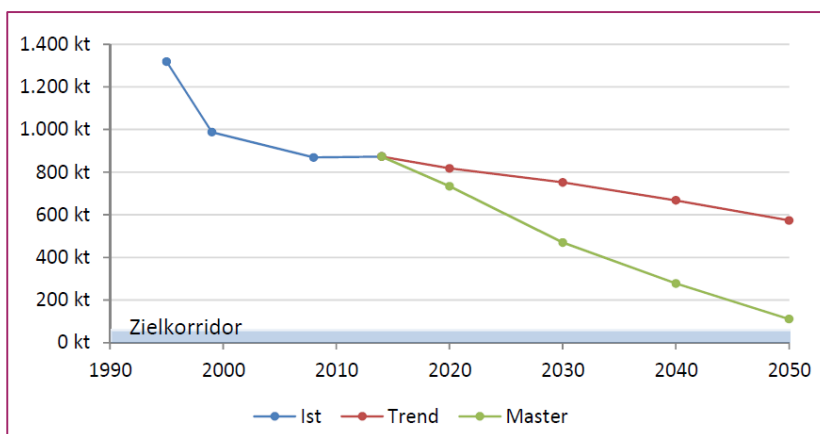
- Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen
- bis 2050 die Treibhausgasemissionen der Stadt um 95 % und den Endenergieverbrauch um 50 % gegenüber 1990 zu senken,
- Vorbild für die brandenburgischen Kommunen und eine der bundesweiten Modellstädte werden.

Aus den folgenden Aussagen des INSEK geht hervor, dass die bisher gesetzten Ziele, erreicht wurden. Es wird aber auch erkannt, dass die niedrighängenden Früchte bereits geerntet wurden

und die aktuelle im Masterplan Klimaschutz definierte wesentlich ambitioniertere Zielsetzung zunehmende Anstrengungen erfordert.

- „Bisher konnten die Klimaziele eingehalten und die **für 2020 gesetzte Wegmarke einer Reduzierung um 20 % sogar bereits 2017 erreicht** werden. Damit die deutlich ambitionierteren Ziele aus dem Masterplan 100% Klimaschutz erreicht werden, sind die **Bemühungen laut Stadtverwaltung jedoch zu intensivieren**“
- „Klimaziele bisher eingehalten und sogar übertroffen“
- „**zunehmend anspruchsvollere** Ausschöpfung weiterer Potenziale zur Senkung der Treibhausgasemissionen“

Ein nüchterner Blick in den Masterplan Klimaschutz hilft bei der Einschätzung der aktuellen Situation hinsichtlich einer Erreichung der Klimaschutzziele.



Es wird sehr deutlich, dass ein weiter so keine Option ist. Die bereits optimistische Trendlinie (in rot) zeigt in diesem Fall, dass das Klimaschutzziel massiv verfehlt wird.

Die Handlungsfelder der Stadt beim Klimaschutz liegen überwiegend im Gebäudebereich, in der Klimaneutralen Energieversorgung und im Verkehr. Um den Erfolg der getroffenen Maßnahmen zu überwachen und ggf. nachzusteuern, ist es wichtig, Zwischenziele zu definieren. Der Zeithorizont des INSEK liegt mit dem Jahr 2035 ca. auf halbem Wege zum Jahr 2050. Wir empfehlen im INSEK ein klares Ziel für das Jahr 2035 zu setzen aber auch zusätzliche Zwischenziele zu benennen, die der Erfolgskontrolle dienen.

5.2. HANDLUNGSFELD GEBÄUDE

Im Handlungsfeld Gebäude dominiert das Thema Energieeffizienz, denn, bevor über eine klimaneutrale Energieversorgung nachgedacht wird, sollte zunächst der Energiebedarf für Wärme, Kälte und Strom durch geeignete Maßnahmen minimiert werden. Zur Erreichung der Effizienzziele ist eine Erhöhung der Sanierungsrate von aktuell um die 1% auf 2-3% notwendig.

Die Stadt Potsdam verfügt über viel Erfahrungen mit Quartierskonzepten in den Neubauvierteln der letzten Jahrzehnte und konnte damit gute Erfolge erzielen. In Drewitz ist die Realisierung eines solches Quartierskonzept bereits weit fortgeschritten, im Schlaatz wird aktuell damit begonnen.

Eine riesen Herausforderung bleibt es, eine Erhöhung der Sanierungsrate in Quartieren mit einem hohen Altbaubestand, ggf. auch mit Denkmalschutz und einer sehr heterogenen kleinteiligen Eigentümerstruktur zu erreichen. Hier muss Potsdam neue Wege gehen und so schnell wie möglich, Erfahrungen mit den klimaschutzbezogenen Möglichkeiten des besonderen Städtebaurechts gewinnen. Ein energetisches Sanierungsgebiet erlaubt es, finanzielle Anreize zu setzen, mit denen die Eigentümer zum Handeln bewegt werden. Über das verbundene energetische Quartierskonzept wird den Eigentümern aber auch Orientierung und Hilfestellung bei den komplexen Sanierungsaufgaben geboten.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt jedoch auch, dass Erfolge bei der Energieeffizienz teilweise durch einen Anstieg der Wohnfläche pro Kopf zunichtegemacht werden. In Potsdam werden aktuell bereits Anreize zum Wohnungstausch¹ gesetzt, diese werden jedoch noch nicht im erforderlichen Maße angenommen. Außerdem reichen die aktuellen gesetzlichen Gebäudeenergiestandards nicht, um das Potsdamer Klimaschutzziel zu erreichen. Um gegenzusteuern muss der Schwerpunkt bei Neu- und Erweiterungsbauten auf Flächeneffizienz und Nullenergiestandard gelegt werden. Bei Sanierung können KfW-Effizienzhausstandard wirtschaftlich umgesetzt werden.

5.3. HANDLUNGSFELD ERNEUERBARE ENERGIEN

Dieses Handlungsfeld umfasst die Stromversorgung und die Wärmeversorgung. Welche Aufgaben die Stadt Potsdam im Bereich des Stroms angehen muss, wird im Abschnitt 5 dieser Stellungnahme betrachtet. Im Folgenden geht es um die Versorgung der Gebäude mit Wärme für Heizung und Warmwasser.

In Baden-Württemberg ist eine kommunale Wärmeplanung seit 2020 Pflicht. Vor dem Hintergrund des enormen Handlungsdrucks im Klimaschutz werden andere Bundesländer diesem Beispiel vermutlich folgen.

Die Arbeitshilfe „kommunale Handlungsmöglichkeiten für den Klimaschutz“ des Landes stellt typische Fragestellungen kommunaler Wärmeplanungen wie folgt dar:

- Wie sollen die verschiedenen Quartiere in Zukunft langfristig wirtschaftlich, versorgungssicher, effizient und klimaneutral mit Wärme versorgt werden?
- Wie kann die Effizienz im Gesamtsystem durch Temperaturabsenkungen oder Einsatz von Wärmepumpen erhöht werden?
- Wo können bei der Fernwärme Netzverdichtungen oder Netzerweiterungen erfolgen?
- Welche Potenziale zur Nutzung von erneuerbaren Energien, wie Solarthermie und Geothermie, oder Abwärmequellen bestehen?

In Potsdam ist aktuell die Erstellung eines **Wärmenutzungsplans** in der Vorbereitung. Der Leitfa-den Energienutzungsplan des Land Bayern² definiert einen Energienutzungsplan wie folgt „*Ein Energienutzungsplan (ENP) ist ein informelles Planungsinstrument für Gemeinden zum Thema*

¹ <https://www.propotsdam.de/mieterservice/bonusangebote/wohnflaechenbonus-plus/>
<https://www.potsdam.de/374-koordinierungsstelle-wohnungstausch-nimmt-arbeit-auf>

²[https://www.bestellen.bayern.de/application/applstarter?APPL=eshop&DIR=eshop&AC-TIONxSETVAL\(artdtl.htm,APGxNODENR:1325,AARTxNR:stmug_klima_00003,AARTxNO-DENR:17783,USERxBODYURL:artdtl.htm,KATALOG](https://www.bestellen.bayern.de/application/applstarter?APPL=eshop&DIR=eshop&AC-TIONxSETVAL(artdtl.htm,APGxNODENR:1325,AARTxNR:stmug_klima_00003,AARTxNO-DENR:17783,USERxBODYURL:artdtl.htm,KATALOG)

Energie. Vergleichbar dem Grundgedanken des Flächennutzungsplans (FNP) in der räumlichen Planung zeigt der Energienutzungsplan ganzheitliche energetische Konzepte und Planungsziele auf.“

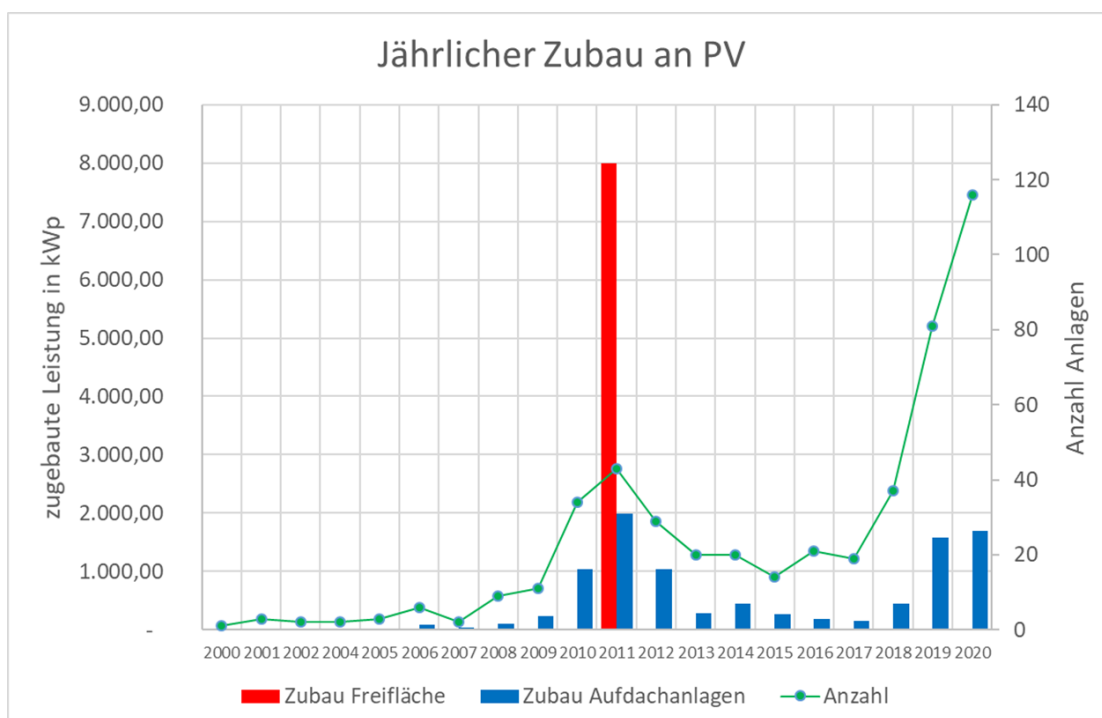
Ein solcher Energienutzungsplan bietet eine hervorragende Grundlage für die Erarbeitung eines Wärmenutzungsplan. Das EFP empfiehlt sich im INSEK auf die Erstellung des Energienutzungsplans zu beziehen und die Möglichkeiten die er bietet, zu analysieren.

6. AUSBAU STROM AUS ERNEUERBARER ENERGIEN IN POTSDAM

Im Entwurf des INSEK gibt es zum Potenzial der erneuerbaren Energien in Potsdam widersprüchliche Aussagen:

- Eine spezifische Herausforderung in Potsdam ist, dass die Ausbaupotenziale für regenerative Energien aufgrund wenig verfügbarer Flächen und der großen unter Denkmalschutz stehenden Gebiete recht begrenzt sind. Die **Sicherung von Flächen für die Energieerzeugung** bekommt dadurch einen hohen Stellenwert.
- Eingeschränkte Potenziale für Solardächer aufgrund vieler denkmalgeschützter Bereiche
- Wenig Freiflächen im Potsdamer Stadtgebiet, die zur Energiegewinnung genutzt werden können
- Damit die deutlich ambitionierteren Ziele aus dem Masterplan 100% Klimaschutz erreicht werden, sind die **Bemühungen laut Stadtverwaltung jedoch zu intensivieren**. Chancen werden insbesondere im **Ausbau nachhaltiger Energiegewinnung im Stadtgebiet** gesehen.

Eine Auswertung des Marktstammdatenregisters stellt die aktuelle Situation in Potsdam wie folgt dar:



In den letzten 20 Jahren wurden in Potsdam 475 Anlagen auf Dachflächen und 1 Freiflächenanlage in Betrieb genommen. Der hiermit erzeugte Strom entspricht derzeit ca. 3-4% des in Potsdam verbrauchten Stroms.

Das INSEK geht auf eine aktuelle Planung im Potsdamer Norden ein: „Im Stadtteil Satzkorn, wird derzeit eine große Freiflächensolaranlage geplant. Auf 76 Hektar können Photovoltaikmodule mit einer Leistung von ca. 65 MW installiert werden. Dies entspricht ca. einem Drittel der im Masterplan geforderten Leistung aus Freiflächen-PV-Anlagen.“

Nach Berechnung des EFP wird mit der Inbetriebnahme dieser Anlage der Anteil des in Potsdam erzeugten Stroms am Gesamtbedarf sprunghaft von ca. 3,5% auf ca. 16% Deckungsanteil ansteigen.



Quelle: PNN vom 17.02.2021

Diese Zahlen illustrieren, dass mit Photovoltaik substantielle Beiträge zu einer klimaverträglichen Stromversorgung der Stadt geleistet werden können. Strom kann zwar ohne Verluste über lange Distanzen transportiert werden und Potsdam könnte auch aus dem Umland mit Strom versorgt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund des Beschlusses zum Klimanotstand ist es jedoch die Pflicht der Landeshauptstadt Potsdam einen größtmöglichen Beitrag zur nachhaltigen Abdeckung des eigenen Strombedarfs auf eigenem Grund und Boden zu ermöglichen.

Das INSEK sollte eine solide und realistische Potenzialanalyse für PV auf Dachflächen und PV auf Freiflächen enthalten sowie eine Strategie zur Sicherung geeigneter Flächen und Ausschöpfung dieses Potenzials mit entsprechenden Zwischenzielen.

Photovoltaikanlagen auf Freiflächen haben einen positiven Nutzen für die Biodiversität und Umwelt, insbesondere, wenn sie auf ehemals intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen errichtet werden. Das EFP schlägt vor zu prüfen, ob eine Errichtung von Freiflächen PV-Anlagen auf aktuell entwässerten und landwirtschaftlich genutzten Niedermoorflächen möglich wäre. Eine solche Nutzung böte den Eigentümern einen finanziellen Ausgleich für den Verlust der sich aus dem Verzicht einer landwirtschaftlichen Nutzung ergibt.

7. ABSCHLIESSENDE EMPFEHLUNGEN

Das EFP empfiehlt die Rahmenbedingungen unter denen die Stadt Potsdam sich in den nächsten Jahren entwickeln wird, in das INSEK aufzunehmen und hierbei insbesondere die übergeordneten

Einflüsse, z. B. die eines steigenden CO₂ Preises oder der Klimaschutzgesetzgebung auf Bundesebene, zu berücksichtigen.

Eine strategische Herangehensweise erfordert klare Zielsetzungen und die Entwicklung von Umsetzungsstrategien. Zum besseren Verständnis des INSEK sollte dem Gliederungsvorschlag der Arbeitshilfe gefolgt und die Themen *Entwicklungsziele* und *Umsetzungsstrategie* klar voneinander getrennt werden. Wir gehen davon aus, dass das Kapitel 8 *Umsetzungsstrategie* noch ergänzt wird (siehe Hinweis auf Seite 230 des Entwurfes) und dass die Empfehlungen des EFP hierbei aufgenommen werden.

Der Beitrag des Handlungsfeldes Verkehr zum Klimaschutz wird im Entwurf des INSEK gut adressiert. Erhebliches Verbesserungspotenzial sieht das EFP in den Handlungsfeldern Gebäude und Erneuerbare Energien. Hier gilt es noch Ziele und Strategien zu deren Erreichung zu definieren und im INSEK festzuhalten. Dies dient auch der Einwerbung von Fördermitteln auf die die Stadt Potsdam angewiesen ist, um ihre ehrgeizigen Klimaschutzziele zu erreichen.

Die Stadt plant aktuell die Erstellung eines Energienutzungsplanes. Dieses Instrument ist eine äußerst wertvolle Planungsgrundlage um die Themen Gebäude und Energie miteinander zu verbinden und wir empfehlen, im INSEK darauf Bezug zu nehmen.

Äußerst wünschenswert wäre es, die beim Klimaschutz gesetzten Ziele und Handlungsoptionen auch auf die Ebene der Vertiefungsbereiche mit den einzelnen Maßnahmen zu übertragen. In welcher Form dies erfolgen kann wird im Anhang am Beispiel der Maßnahme 7 „Weiterentwicklung Stadtteilzentrum Potsdam West“ illustriert.

Die folgende Tabelle fasst die wesentlichen Handlungsfelder des Klimaschutzes und der Klimaanpassung nochmal zusammen. Sie gibt einen Überblick über Zielkonflikte und Herausforderungen sowie über die Instrumente mit denen Kommunen arbeiten können, um gesetzte Klimaschutzziele zu erreichen.

Entwicklungsziele			Umsetzungsstrategie		
Ziele		Handlungsfelder	Herausforderungen / Zielkonflikte	Instrumente	
Klimaneutralität	Energieeffizienz	Gebäudebestand	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der energetischen Sanierungsrate • Erhöhung der energetischen Sanierungsstandards (KFW 40-Effizienzhausstandard bei Sanierung KFW Denkmal-Effizienzhausstandard bei Sanierung von Denkmalen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftlichkeit • sozialverträgliche Mieten • kleinteilige private Eigentümerschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • quartiersbezogene Klima- und Energiekonzepte • Energetische Sanierungsgebiete • Ergänzung energetischer Standards in bestehenden Stadtteilkonzepten und B-plänen
		Neubau	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der energetischen Standards Nullenergiestandard bei Neubau 	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftlichkeit • sozialverträgliche Mieten 	<ul style="list-style-type: none"> • Gebäudeenergiestandards in B-Pläne, städtebaul. Verträgen und bei städtebaulichen Wettbewerben
	Erneuerbare Energien	Wärme	<ul style="list-style-type: none"> • Dekarbonisierung der Fernwärme • Fernwärmeverdichtung und -erweiterung • Umweltwärme (Luft, Wasser, Erdwärme) • Biogas • Biomasse, Holzenergie • Solarthermie • Abwärmenutzung • Speicher 	<ul style="list-style-type: none"> • Versorgung Altbaubestand ohne Fernwärmeanschluss • kleinteilige private Eigentümerschaft • Flächensicherung 	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunales Wärmekonzept • Energienutzungsplan • Strategie zur Temperaturabsenkung der Fernwärme • 100% Erneuerbare Energieversorgung in B-Plänen, städtebaul. Verträgen und bei städtebaul. Wettbewerben • Flächensicherung für Wärmeerzeugungsanlagen aus EE
		Strom	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau Photovoltaik • Ausbau Windkraft • Speicher 	<ul style="list-style-type: none"> • Photovoltaik und Denkmalschutz 	<ul style="list-style-type: none"> • Potentialanalyse und Flächensicherung für Freiflächen-Photovoltaik • Anreize für Mieterstrommodelle • Solarpflicht in B-Plänen, städtebaul. Verträgen und bei städtebaulichen Wettbewerben

Entwicklungsziele			Umsetzungsstrategie		
Ziele		Handlungsfelder	Herausforderungen / Zielkonflikte	Instrumente	
Klimaneutralität	Verkehr	ÖPNV	<ul style="list-style-type: none"> • Netzerweiterung • Taktverdichtung • Preispolitik • Umstellung auf Elektromobilität 	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Strategisches Freihalten von Trassen • E-Ladeinfrastruktur für ÖPNV • Mobilitätsstationen
		Rad-und Fussverkehr	<ul style="list-style-type: none"> • sichere Rad- und Fußwege • Schnellradwege • Netzerweiterung, Netzverdichtung • Baustellenkoordination 	<ul style="list-style-type: none"> • Konkurrenz zu Autoverkehr 	<ul style="list-style-type: none"> • autofreie oder stellplatzreduzierte Erschließung in B-Plänen, städtebaul. Verträgen und städtebaul. Wettbewerben • Radverkehrskonzept • Fußverkehrskonzept • Baustellenkoordination
		Elektromobilität	<ul style="list-style-type: none"> • Lademöglichkeiten • Parkmöglichkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Lademöglichkeiten für Bewohner im innerstädtischen Bereich 	<ul style="list-style-type: none"> • Kiezgaragen mit Elektroanschluss • Mobilitätsstationen
Klimaanpassung	Bauen		<ul style="list-style-type: none"> • Schutz vor Naturgefahren (Unwetter, Hochwasser) • Schutz vor Hitze • Versiegelung begrenzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtklimakarte • Versiegelungsfaktor • Vorgaben für Schutzmaßnahmen in B-pläne, städtebaul. Verträge und bei städtebaul. Wettbewerben
	Wasser	Versickerung von Niederschlägen, Wasserrückhaltung	<ul style="list-style-type: none"> • Entsiegelung von Flächen • Schwammstadt 	<ul style="list-style-type: none"> • Starkregenereignisse • Trockenheit, Dürre 	<ul style="list-style-type: none"> • Regenwasserrückhaltung und -versickerung sowie Entsiegelungsgebot in B-pläne, städtebaul. Verträge und bei städtebaul. Wettbewerben
	Grünvolumen		<ul style="list-style-type: none"> • Grünflächenerhalt • Baumpflege und -erhalt • Fassaden- und Dachbegrünung 	<ul style="list-style-type: none"> • Bebauungsdichte • Stadt der kurzen Wege 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhaltungspflicht für Grünflächen und deren Begrünung • Baumpflanzung und Begrünung, Dach- und Fassadenbegrünung in B-pläne, städtebaul. Verträge und bei städtebaul. Wettbewerben

Anhang:

07

Weiterentwicklung Stadtteilzentrum Potsdam West

Städtebauliche Neuordnung unter Aspekten wie **Klimaschutz**, **Klimaanpassung**, Aufenthaltsqualität, Angebotsvielfalt, Nachverdichtung, Erhöhung Wohndichte, insb. im Bereich Kastanienallee/Kaufland

Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none">→ Alt- und Neubürgerinnen und -bürger des Stadtbereichs
Erfolgserwartungen	<ul style="list-style-type: none">→ Förderung des öffentlichen Lebens und der Vielfalt im Stadtteil Potsdam West→ Teilhabe am Stadtleben für alle durch Ergänzung nicht-kommerzieller Angebote, Erhalt und Ausbau von sozialen Angeboten im Stadtteil→ effizientere Nutzung der Flächen, Schaffung von Wohnungen über den Einzelhandelsflächen→ Qualifizierung und ggf. Ausbau Gemeinschaftsunterkunft Zeppelinstraße→ Verbesserung des Stadtbilds→ Integration von Quartiersgarage für Elektrofahrzeuge mit Ladeinfrastruktur→ Klimaneutrales Quartier→ Installierte PV-Leistung→ Entsiegelung von Flächen/vor Ort Versickerung von Niederschlägen→ Erhöhung Grünvolumen
Monitoring-Indikatoren	<ul style="list-style-type: none">→ öffentliche Flächen→ Schaffung neuer Wohnfläche→ Nullenergiestandard der Neubauten, KFW-Effizienzhausstandard bei Sanierung und Denkmalen→ Installierte PV-Leistung→ Anteil Erneuerbarer Energien an Wärmeversorgung→ Entsiegelte Fläche, Versiegelungsanteil→ Anteil vor Ort versickerter Niederschläge (Schwammstadt)→ Erhöhung des Grünvolumens
Hauptverantwortlichen und Vorhabpartner	<ul style="list-style-type: none">→ Grundstückseigentümer→ Landeshauptstadt Potsdam, FB Stadtplanung, FB Wohnen und Arbeit, KIS.

Strategische Priorität	mittel
Umsetzungsschritte	Prüfung Umsetzungsinstrumente
Umsetzungszeitraum	mittel- bis langfristig
Wechselwirkungen	Synergien: Einzelvorhaben 06
Weitere Informationen	<ul style="list-style-type: none">→ Wohnungspolitisches Konzept, 2015→ Einzelhandelskonzept ...→ Bedarfsplan Kita, 2018→ Seniorenplan, 2018→ Masterplan Klimaschutz→ Klimanotstandsbeschluss